



Bericht aus Berlin

20.03.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB



**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,**

diese Woche im Deutschen Bundestag hat gezeigt, dass es der Großen Koalition schon schwerfällt, sachgerechte Entscheidungen, insbesondere im Bereich Arbeit und Soziales zu treffen. Das Ringen um eine Weiterentwicklung der ARGE n und der Sicherung der Optionskommunen ist von der Union erstmal ins „Aus“ geführt. Darüber bin ich sehr verärgert und ziemlich skeptisch, ob wir es noch ordentlich hinbekommen können. Heute habe ich gemeinsam mit **Ministerin Dagmar Ziegler** ein Gespräch mit den Brandenburger CDU-Abgeordneten im Bundestag dazu geführt und sie aufgefordert, sich zu bewegen.

Herzlichen Glückwunsch den neugewählten Vorständen der **SPD-Ortsvereine Oranienburg und Brieselang** und ihren **Vorsitzenden Dieter Kohllöffel und Norbert Jütterschenke**. Nachträglich gratulieren möchte ich dem neuen Vorsitzenden der **SPD Wustermark, Christian Heideklang**.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und denke, wir sollten schnell Kontakt aufnehmen.

Viel Spaß beim Lesen, Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Keine Neuorganisation des SGB II

Die Kehrtwende der CDU-Fraktion zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften ist für mich völlig unverständlich und ein schwerer Schlag für die Hartz IV - Empfänger. **SPD und Union** waren sich nach der Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichtes einig, die Hilfe aus einer Hand für die Hartz IV-Empfänger aufrecht zu erhalten**. Dafür ist eine **Grundgesetzänderung notwendig**.

Die dazu eingesetzte Arbeitsgruppe mit Bundesminister Olaf Scholz sowie den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers haben

Anfang diesen Jahres Ihren Vorschlag präsentiert. Jetzt **plötzlich** fällt der **CDU-Bundestagsfraktion** ein, dass sie einer **Grundgesetzänderung nun doch nicht zustimmen** kann. Und das in einer Krise, in der wir die Arbeitsvermittlung stärken sollten und nicht in einer so unverantwortlichen Weise schwächen. Das führt zu großen Verunsicherungen.

Nicht nur bei den Leistungsempfängern sondern auch bei den Beschäftigten.

Mit der Gesetzesänderung wollten wir zwei Dinge: Zum einen wollten wir die 69 Optionskommunen – darunter auch Oberhavel – im Grundgesetz festschreiben. Zum anderen wollten wir mit dem ZAG-Modell den Kommunen mehr Handlungsspielraum vor Ort geben, was der BA nicht so leicht fiel. Das Modell war somit unter allen Beteiligten tragfähig. Es kommt nicht oft vor, dass sich alle Ministerpräsidenten einig sind.

Unter den vorliegenden Bedingungen haben **weder Arbeitsgemeinschaften noch Optionskommunen langfristig eine Zukunft** – beides läuft zum 31.12.2010 aus. Das hier keine Planungssicherheit herrscht, dafür ist die CDU verantwortlich.

Mit dem Scheitern wird es auf eine **getrennte Aufgabenwahrnehmung** hinauslaufen. Die Arbeitsagentur wäre dann für die Vermittlung und die Kommunen für die Bewilligung und Auszahlung der Mietkosten und weitere notwendige sozialer Hilfeleistungen zuständig. Zwei Behörden, zwei Anträge, zwei Bescheide. Der bürokratischer Aufwand ist enorm.

Für die Arbeitsgemeinschaften wie das ILZ im Havelland gilt es jetzt, die auslaufenden Verträge bis Ende 2010 zu verlängern, damit für Betroffene und Angestellte es erst mal weiter geht wie bisher und sie Sicherheit haben.



Bericht aus Berlin

20.03.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB

Für diese Situation ist einzig und allein die CDU-Bundestagsfraktion verantwortlich. Mit ihrer Blockade blamieren sie CDU-Präsidium, CDU-Ministerpräsidenten und ihre Kanzlerin, die den gemeinsamen Vorschlag zum ZAG mitgetragen hatten. Sie stellt damit ihre Wahlkampfinteressen über die Bedürfnisse der Menschen in sozialer Not und zeigt einmal mehr ihr wahres Interesse an Sozialpolitik.

2. Keine Abwrackprämie bei Hartz IV

Es ist ganz besonders bedauerlich, dass wir in der Frage der **Abwrackprämie für Hartz IV-Empfänger keine Einigung mit der CDU** erreicht haben. Diese einmalige Leistung in einer besonderen wirtschaftlichen Situation sollte für alle Menschen in unserem Land zugänglich sein. Dafür habe ich mich eingesetzt.

Die Prüfung des zuständigen Ministeriums hat zwar die Anrechnung als Einkommen bestätigt, dennoch hätten wir aus politischen Gründen im Gesetz eine Ausnahme machen können, wie z.B. beim Kinderbonus. Aber es war von der CDU/CSU nicht gewollt.

Die SPD-Fraktion hat hierzu eine andere politische Bewertung. Wir wollen gern alle, die ihren alten fahrbaren Untersatz durch einen neuen ersetzen wollen, unterstützen. Schließlich ist die Abwrackprämie als ein Marktanreizprogramm mit klimarelevanter Komponente zu sehen.

Hierzu könnten auch bei Hartz IV-Empfängern im Rahmen des Schonvermögens die Voraussetzungen gegeben sein, wenn auch nur bei Wenigen.

Gerade im ländlichen Raum ist für eine Arbeitsaufnahme Mobilität eine der wichtigsten Bedingungen. Darum wäre es nur gerecht gewesen, die Inanspruchnahme der Prämie allen Bürgern Deutschlands zu ermöglichen.

Aber, das Thema ist noch nicht zu Ende. Wie es aussieht, wird im Mai/ Juni der Topf leer sein, der Bedarf aber weiter bestehen. Ich plädiere dafür, die Mittel der Abwrackprämie auf-



zustoßen und sie dann gerecht für alle zu gestalten.

3. Junge Glienicker im Bundestag

Dank der **Unterstützung Uwe Kleins**, gelang es am 13. März 2009 eine interessante Gruppe von Grundschulern aus Glienicke im Bundestag für die Arbeit des Parlaments zu begeistern. Mit vielen Fragen, suchenden Blicken und hoffentlich auch befriedigenden Antworten war das ein lebendiger Unterricht, der sichtlich alles auch Spaß machte.



AKL zeigt den Kindern der Grundschule Glienicke am Modell die verschiedenen Häuser des Deutschen Bundestages

3. Termine

Samstag, 21. März 2009

10.00 Uhr Mitgliederversammlung Kreissportbund Havelland

Montag, 23. März 2009

18.00 Uhr Klausurtagung der SPD-Landesgruppe Ost

24./ 25. März 2009

Vergabekommission der FFA

Mittwoch, 25. März 2009

19.00 Uhr Jahresempfang der Stadt Glienicke, Alte Halle

Donnerstag, 26. März 2009

19.00 Uhr Mitgliederversammlung OV Mühlenbecker Land

Freitag, 27. März 2009

9.00 – 15.00 Uhr Ladies Day im Deutschen Bundestag

Samstag, 28. März 2009

9.00 Uhr Eröffnung der Kreishandwerkermesse Havelland im MAFZ in Paaren/ Glien